

Pressemitteilung

Arbeitsgemeinschaft der
Ausländerbeiräte Hessen-
Landesausländerbeirat

Kaiser-Friedrich-Ring 31
65185 Wiesbaden

Tel: 0611/ 98 99 5-0
Fax: 0611/ 98 99 5-18

agah@agah-hessen.de
www.agah-hessen.de

Wiesbaden, den 8. Juni 2017

Förderung der freiwilligen Ausreise

Panikmache statt Willkommenskultur

Landesausländerbeirat kritisiert Praxis der Rückkehrförderung als ‚unanständig‘

Scharfe Kritik an der Praxis des Main-Kinzig-Kreises, unverhältnismäßigen Druck auf Flüchtlinge auszuüben, hat heute der Landesausländerbeirat geübt.

Mit einem Rundschreiben, das dem Landesausländerbeirat vorliegt, werden nicht nur abgelehnte Asylbewerber, sondern auch solche, deren Verfahren noch gar nicht entschieden ist, aufgefordert, an einer Informationsveranstaltung zur Förderung der freiwilligen Ausreise in ihr Herkunftsland teilzunehmen.

„Perfide ist die Prognose im Schreiben, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sicherlich noch ‚anhängige Asylverfahren komplett ablehnen‘ wird“, kritisierte Enis Gülegen, Vorsitzender der Landesausländerbeirats. „Dies ist nicht nur ein unzulässiger Vorgriff auf eine Entscheidung, da jeder Einzelfall anders ist. Es ist auch ein zumindest fragwürdiger Eingriff in die Kompetenz des Bundesamtes.“

Besonders verwerflich sei jedoch der unzulässige Druck, der damit bei den Betroffenen aufgebaut werde: „Statt sich endlich in Sicherheit zu wiegen, schürt das Schreiben nur Verunsicherung und Ängste!“, so Gülegen. Erhöht werde der Druck durch einen geschickt platzierten Hinweis auf die Mitwirkungspflicht zur Überprüfung bestehender Leistungsansprüche.

Gülegen: „ Nach uns vorliegenden Berichten ist der Main-Kinzig-Kreis in Hessen kein Einzelfall. Rückkehrberatung muss freiwillig und ergebnisoffen sein! Das Hessische Innenministerium muss jetzt dafür Sorge tragen, dass landesweit nachvollziehbar, behördeneinheitlich, vor allem aber ohne unnötigen Druck verfahren wird!“